

## Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert

**Veranstalter:** G UW – Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte; Historisches Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

**Datum, Ort:** 17.07.2014–18.07.2014, Münster

**Bericht von:** Kathrin Baas, Westfälische Wilhelms-Universität Münster / Charlotte Lerg, Ludwig-Maximilians-Universität München

Am 17. und 18. Juli 2014 fand in Münster der erste Nachwuchsworkshop der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte statt. Schon der Call for Papers war auf hohe Resonanz gestoßen und hatte gezeigt, dass die Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte sich auch unter Nachwuchswissenschaftlern großen Interesses erfreut. Der Workshop bot eine hervorragende Gelegenheit zur persönlichen Vernetzung und zeigte gleichzeitig innovative neue Ansätze, die besonders durch interdisziplinäre Forschung vorangetrieben werden. Neben Historikern und Historikerinnen waren in Münster auch die Disziplinen Ethnologie, Kunstgeschichte, Soziologie und Literaturwissenschaft vertreten. Besonders bereichernd war die zusätzliche Perspektive der Archivre, die aus verschiedenen Universitätsarchiven und dem Bundesarchiv dazu gekommen waren.

Mit einem Panel zur Rolle der Universität zwischen Wissenschaft und Politik begann das Treffen der jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (vor allem in der Promotionsphase und in der frühen Post-Doc Phase). KATHRIN BAAS (Münster) stellte ihre gerade fertig gestellte Doktorarbeit zur Geschichte des Geographischen Instituts der Universität Münster vor. Ihr Vortrag konzentrierte sich auf die Zeit des Nationalsozialismus, und sie wies überzeugend nach, dass, entgegen der gängigen Annahme, das Jahr 1933 nicht als klassische Zäsur für die Geographen der Universität Münster gelten kann. Vielmehr habe man sich graduell der politischen Veränderung angepasst und sie auch für das eigene Interesse zu nutzen gewusst – etwa durch das Engagement der Univer-

sität Münster den staatlichen Zuschlag einer „Grenzlanduniversität“ zu erhalten. Auch die Einbindung der Münsteraner Geographen in die „Westforschung“, so Baas, war keineswegs eine einseitige Instrumentalisierung der Wissenschaft durch die Politik, sondern bedeutete für die Wissenschaftler auch eine neue Möglichkeit der „Ressourcenmobilisierung“ für die Forschung. Eine fragwürdige Politisierung sei selbstverständlich klar erkennbar und dürfe keineswegs vernachlässigt werden. Der Beitrag von Kathrin Baas zeigte exemplarisch, dass ein differenzierter Zugang zu den Wechselwirkungen von Politik und Wissenschaft gerade für die Zeit des Nationalsozialismus durchaus gewinnbringend sein kann.

Um Faschismus und Wissenschaft ging es auch im Beitrag von LINDA ERKER (Wien). Ihre Dissertation ist als vergleichende Studie konzipiert, die sich mit der Universität im Austro-Faschismus einerseits und im spanischen Franquismus andererseits beschäftigt. Mit Hilfe des Gewaltbegriffs nach Peter Imbusch und anhand sechs prägnanter Fallbeispiele präsentierte Erker erste Forschungsergebnisse. So wurde deutlich, dass an der Wiener Universität Gewalt ein fester Teil in der Konstruktion politischer Gruppenidentitäten wurde. Nur in bestimmten Zusammenhängen – etwa im Kontext polizeilicher Ermittlungsverfahren – fand sie eine konkrete Institutionalisierung. Anders in Madrid, wo der Campus selbst Schlachtfeld war und die Universität damit auf andere Weise zum Akteur wurde. Das Erbe des Bürgerkriegs blieb auch in der Administration der Universität deutlich erkennbar, sei es durch die bevorzugte Behandlung von studentischen Veteranen der División Azul oder die zentrale und repräsentative Bedeutung der Hochschule für den Aufbau der neuen faschistischen Hauptstadt. Der Einblick in Erkers Projekt zeugte von einem vielversprechenden Beitrag zur Faschismusforschung durch das Prisma der Universitätsgeschichte. Der Fokus auf und der Vergleich von zwei „Randfaschismen“ ist besonders innovativ.

Nach der Mittagspause war eine Einheit zum Kalten Krieg geplant. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – so auch ein Fazit der Tagung – wurde das Spannungsfeld

---

von Wissenschaft, Universität und Politik neu ausgelotet. JAKOB JAREŠ (Prag) musste leider kurzfristig absagen und konnte seinen Vortrag „Politisch verzerrte Modernisierung? Hochschulreform in der Tschechoslowakei nach 1945“ nicht halten. CHRISTOPH ELLßEL (München) untersucht in seiner Promotion kulturdiplomatische Netzwerke zwischen den USA, Australien und Südostasien. In seinem Vortrag sprach er über amerikanische Einflüsse auf die australische Hochschullandschaft in den 1950er- bis 1970er-Jahren und ihre politischen Hintergründe. Er beschrieb den amerikanischen Colombo Plan, der Vertretern südostasiatischer Eliten ein Studium in Australien ermöglichte, als ein kulturdiplomatisches „Spielen über die Bande“. Das Programm der Amerikaner war jedoch, so Ellßel, nur in Maßen erfolgreich, weil organisatorische und infrastrukturelle Imponderabilien von Washington aus ebenso unterschätzt worden waren wie die politische Entwicklung und eigenständige Dynamik in den Beziehungen zwischen Australien und Südostasien. Über das Konzept der „academic diplomacy“ (nach Frank A. Ninkovich) näherte sich Ellßel den komplexen Verflechtungen von Diplomatie, internationaler Politik und universitärer Organisation.

Ebenfalls um Kulturdiplomatie ging es im Beitrag von CORNELIA EISLER (Kiel), die zeitlich etwas weiter zurückgriff. Sie präsentierte ihre Studie zu den deutschen Auslandsinstituten in den 1920er-Jahren, die an das Forschungsprojekt „Grenz- und Auslandsdeutschum' als Forschungsfeld“ am Institut für europäische Ethnologie der Christian-Albrechts Universität Kiel angegliedert ist. Eisler, die ihre Untersuchungen als wissenssoziologische Diskursanalyse verstand, widmete sich in ihrem Vortrag der Rolle dieser Institute als „Ressourcen der Staatspolitik“ sowie als „Stützpunkte für Macht- und Wissenschaftsbeziehungen“. Dennoch wurde auch hier die These von einer einseitiger Instrumentalisierung der Wissenschaft von Seiten der Politik kritisch hinterfragt. Darüberhinaus verwies Eisler auf die besonderen Bedingungen an Institutionen, die sich nicht an Universitäten, sondern im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit befanden.

Zum Abschluss des ersten Tages trug JUSTUS NIPPERDEY (Saarbrücken) aus seinem gegenwärtigen DFG-Forschungsprojekt zur „Institutionalisierung des Faches der Geschichte der Frühen Neuzeit“ vor. Zunächst zeigte er auf, wie verschieden die Periodisierungszäsuren in den dominanten westlichen Kulturräumen gesetzt wurden und machte eine besonders starke Diskrepanz zwischen dem anglo-amerikanischen und dem romanischen Raum aus. Schwerpunkt von Nipperdeys Vortrag aber war die Entwicklung des Faches „Geschichte der Frühen Neuzeit“ in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Nipperdey konstatierte, dass es von Seiten der geschichtswissenschaftlichen Disziplin so gut wie keinen Druck gegeben habe, die Frühe Neuzeit zu institutionalisieren. Vielmehr verwies er auf die Bedeutung nicht fachlicher Einflüsse für die Ausdifferenzierung der Historischen Seminare in Deutschland. Die Schaffung von neuen Lehrstühlen zur Entlastung der Professoren war lange Zeit – trotz exponentiell steigenden Studierendenzahlen – nur durch die Einführung und Legitimation neuer Schwerpunkte möglich; eine Entwicklung, die, so Nipperdey, auch den jeweiligen Landesgeschichten neuen Aufschwung verschafft hatte. Die präsentierte Studie, die auch Oral History in ihren Quellenkorpus einbezog, eröffnete auch neue Fragestellungen zur Methodik der Fach- und Disziplinengeschichte.

Im zweiten Panel wurden verschiedene Hochschulneugründungen und -(re)formen thematisiert. Den Anfang machte TIMO CELEBI (Duisburg-Essen) mit einem aufschlussreichen Überblick über die Transformation der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft in den 1960er- und 1970er-Jahren. Aus einer raumwissenschaftlichen Perspektive illustrierte er, wie für das Gesamthochschulkonzept NRW theoretische Vorstellungen konkrete Umsetzung fanden. Sie waren den Ideen und Raumkonzeptionen prominenter internationaler Raumplaner der damaligen Zeit entlehnt. Anhand von Bauplänen und Lageübersichten der neukonzipierten Campusuniversitäten in Nordrhein-Westfalen wie etwa der Ruhr-Universität Bochum oder der Universität Bielefeld belegte er auf äußerst anschauliche und überzeugende Weise den Zusammenhang von planerischen

Konzeptionen und soziokulturellen Herausforderungen. Man wollte sich durch die architektonische Andersartigkeit von Universitätsbauten vor 1945 abgrenzen. So manifestierten sich in den Raumplänen Visionen und Versuche von Problemlösungsstrategien der Raumplaner, die immer auch den Modernitätsdiskurs mitdachten. Deutlich wurde dabei, dass der Entwurf und die Realisierung der Universitätsneubauten auf einem rationalen Denken basierten, das an die Protagonisten des postmodernen Social Engineering anknüpfte.

MARTIN NEUBACHER (Dresden) griff diese Befunde auf und ergänzte sie durch einen architektur- und kunstgeschichtlichen Zugriff auf die Campusuniversitäten der 1960er- und 1970er-Jahre. Er fragte nach dem baukulturellen Stellenwert der Gebäude, die oftmals als unästhetisch empfunden würden, und warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, welche Konzeptionen von Denkmalschutz hier Anwendung finden könnten, auch eingedenk der zeithistorischen Bedeutung der planerischen Grundgedanken. So betonte auch Neubacher den Zusammenhang von gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Problemlagen und deren Lösungen, die in eine architektonische Umsetzung bei Universitätsneubauten einfließen sollten. Diese erhofften sich die Planer vor allem durch die räumliche Verbindung der Fakultäten, eine hohe „Bibliotheksdichte“ und die interfacultytäre Zusammenarbeit, die durch den Standort auf einem einzigen Campus ermöglicht und vereinfacht werden sollte. Auffallend war der regelrechte „Strukturenfetischismus“ der Architekten und Planer von Campusuniversitäten in Nordrhein-Westfalen, den Neubacher unter Rekrutierung auf Konzeptentwürfe auf die Kultur der Weimarer Zeit, wie etwa der Neuen Sachlichkeit, erklärte.

INES HÜLSMANN (Furtwangen) befasste sich im Anschluss an die baugeschichtlichen Vorträge des Vormittags mit den soziologischen Vordenkern der „Reformuniversitäten“ der „langen sechziger Jahre“ der Bundesrepublik. Sie konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Universitäten Bochum, Konstanz und Bielefeld, die als prägnanteste Beispiele gelten dürften. Hülsmann begab sich auf die „Spuren der Wissensordner“ und ihrer Versuche, unter den Vorzeichen der Ver-

wissenschaftlichung und Wettbewerbsfähigkeit neue Hochschulen zu gründen. Als einen der Protagonisten in diesem Diskurs identifizierte sie Helmut Schelsky, der besonders daran interessiert war, wie die Bildungsfunktion in der modernen Gesellschaft am effektivsten erfüllt werden könnte. Mit dem Konzept von „epistemischen Gemeinschaften“ (nach Peter Haas) lassen sich die „Wissensordner“ als Akteure mit einer kollektiven Identität verstehen. Hülsmann entwarf die These, dass vor allem „Angemessenheitslogik“ als Grundlage für das planerische Denken der Intellektuellen um Schelsky, Dahrendorf, Koselleck und anderen angesehen werden kann. Ob es jedoch einen gemeinsamen Fahrplan für die Gründung der Reformuniversitäten gab, gelte es zu untersuchen. Dabei stehe die Frage im Vordergrund, wie ein allgemeiner Konsens und bestimmte Kausalzusammenhänge hergestellt wurden.

MALTE HABSCHEIDT (Hamburg) beleuchtete ebenfalls die Hochschulreform der langen sechziger Jahre, hier aus der Perspektive der Hamburger Studentenbewegung. Dabei ging er der Frage nach, ob die studentischen Tumulte und die Reaktion auf Ereignisse in Berlin, wie etwa die Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg, Einfluss auf die Entstehung des Hamburger Universitätsgesetzes von 1969 hatten. Habscheidt illustrierte dies am Beispiel des Diskurses über die Mitbestimmungsrechte von Studierenden an den alten „Ordinarienuniversitäten“. Dabei konstatierte er eine Wechselwirkung zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform und machte dies am Radikalisierungsprozess der Studenten fest. Dieser habe eine Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens an der Universität Hamburg ausgelöst. Nicht zuletzt der raue Umgang der Hamburger Polizei mit den studentischen Protestaktionen habe zu einer raschen gesetzlichen Festlegung der neuen Hochschulordnung geführt. Dabei spielte das neue Selbstbewusstsein der Studenten ebenso eine Rolle wie ihre Vernetzung mit prominenten Persönlichkeiten der Hamburger Lokalpolitik. Insgesamt, so Habscheidt, habe die Studentenbewegung ihre Stärke auch aus der nationalen und internationalen Vernetzung mit anderen Studentenbewegungen gezogen.

---

Den Abschluss des Workshops bildete der Vortrag von ESTHER ABEL (Bochum), die einen Einblick in ihr Dissertationsprojekt zur Entwicklung der Disziplin der Osteuropäischen Geschichte am Beispiel des Osteuropahistorikers Peter Scheibert gab. Dazu erläuterte sie die grundlegenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der „Ostforschung“ und der „Osteuropäischen Geschichte“ nach 1945. Während die Ostforschung ein Ergebnis der Revisionsforderungen deutscher Eliten war, die ihre Wurzeln in der Zwischenkriegszeit nach dem Versailler Vertrag hatten, habe die Osteuropäische Geschichte bereits seit dem Kaiserreich als historische Teildisziplin bestanden. Erstere begab sich auf die Suche nach einem deutschen „Urboden“ im Osten Europas, der als Legitimationsgrundlage ihrer revisionistischen Forderungen dienen sollte. Letztere hingegen, so Abel, verstehe Osteuropa eher als Forschungsobjekt und nicht als zu eroberndes oder zurückzugewinnendes Territorium. Eine klare Trennlinie zwischen beiden gebe es allerdings nicht, betonte Abel. Sie konstatierte jedoch, dass in der Ostforschung insgesamt nach 1945 eine starke personelle und inhaltliche Kontinuität zur Weimarer Zeit, aber durchaus auch zur NS-Zeit erkennbar blieb. Hierbei waren auch personelle Netzwerke entscheidend. Die Osteuropäische Geschichte hingegen war stärker wissenschaftlich institutionalisiert und entwickelte sich dezidiert weg von der deutschnationalen und demnach deutschzentrierten Sicht. In ihrer Themensetzung war sie globaler ausgerichtet, jedoch mit dem beginnenden Kalten Krieg auf andere Weise politisiert. Wie auch andere Beiträge des Workshops ermöglichte und verlangte Abels Unterscheidung der verschiedenen Strömungen einen differenzierten Umgang mit vielbeschworenen Konzepten wie Neutralität, Instrumentalisierung und Politisierung von Universität und Wissenschaft.

Der Schwerpunkt dieses ersten Workshops lag auf dem 20. Jahrhundert, doch es wurde schnell klar, dass Narrative, (gebrochene) Kontinuitäts- und Kausalitätslinien sowie diskursive Phänomene und Strukturen viel weiter zurückreichen – zuweilen bis ins Mittelalter. Die Interdisziplinarität des Workshops offenbare das Potential von Universitäts- und

Wissenschaftsgeschichte als „Sonde“ für gesellschaftsgeschichtliche Forschungsthematiken, stellte SYLVIA PALETSCHEK (Freiburg) abschließend fest, die den Workshop zusammen mit HEIKE BUNGERT (Münster), CHRISTA-IRENE KLEIN (Freiburg) und SITA STECKEL (Münster) organisiert hatte. So könne man etwa die Diskurse von Wissensorganisation bis Hochschulreform, von Campusplanung bis Kulturdiplomatie als „Experimentierfeld der Moderne“ deuten. Darüber hinaus stellten internationale Vernetzungen und Verflechtungen für die Universitätsgeschichte – anders als in der Wissenschaftsgeschichte – noch deutlich ein Desiderat dar. Die präsentierten Projekte aber zeigten mit transnationalen und vergleichenden Ansätzen auch hier Innovation.

Der nächste Nachwuchsworkshop der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte wird 2015 in München stattfinden.<sup>1</sup>

#### **Konferenzübersicht:**

##### *PANEL 1: Universität, Wissenschaft und Politik*

Kathrin Baas (Münster): „Ein richtiges Urteil in der Einschätzung der Räume hilft den Erfolg vorbereiten.“ Geographische Forschung an der Universität Münster 1933–1945 – Zentrale Thesen und Ergebnisse

Linda Erker (Wien): Universität und Faschismus. Kooperationen von Wissenschaft und Politik in Wien und Madrid im Austrofaschismus und Franquismus

Christoph Ellßel (München): Polarizing Academia – Die Universität als Mittel der Kulturpolitik im Kalten Krieg

Cornelia Eisler (Kiel): Zwischen Politik und Wissenschaft – Forschungsinstitute zum ‚Grenz- und Auslandsdeutschtum‘

Justus Nipperdey (Saarbrücken): Die Institutionalisierung des Faches „Geschichte der Frühen Neuzeit“

##### *PANEL 2: Hochschulneugründungen und - (re)formen*

---

<sup>1</sup>Aktuelle Informationen immer auf der Webseite <<http://guw-online.net>> (30.08.2014).

Timo Celebi (Duisburg-Essen): Die Transformation „hochschulleerer Räume“ zur „Hochschullandschaft“. Das nordrhein-westfälische Gesamthochschulkonzept

Martin Neubacher (Dresden): Campusuniversitäten in Nordrhein-Westfalen. Untersuchungen zu einer Bauaufgabe der 1960er und 1970er Jahre

Ines Hülsmann (Furtwangen): Auf den Spuren der Wissensordner. Geistes- und Sozialwissenschaften in Selbstbeobachtung und Planungsverantwortung bei den Gründungen der „Reformuniversitäten“, 1957–1975

Malte Habscheidt (Hamburg): Studentenbewegung und Hochschulreform. Die Entstehung des Hamburger Universitätsgesetzes von 1969 und die ersten Jahre seiner Umsetzung

Esther Abel (Bochum): „Zwischen Ostforschung“ und „Osteuropäischer Geschichte“. Eine Disziplin und ihre Vertreter in den 1950er und 1960er Jahren in der BRD

Tagungsbericht *Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert*. 17.07.2014–18.07.2014, Münster, in: H-Soz-u-Kult 25.09.2014.